

Bezugpreis:

Bezugpreis: Vierteljährlich 4.-, Halbjährlich 7.-, Vierteljährlich 4.-, frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 1.-, Halbjährlich 5.-, Vierteljährlich 3.-, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6.25, für das übrige Ausland 10.25, bei täglich einmal Auslieferung 5.25. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, England, Schweden u. die Schweiz, eingetragen in die Postzeitungs-Preisliste. Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Voll u. Zeit' erscheint wochentags zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen:

'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Anzeigenzeile kostet 1.50 Mk. 'Kleine Anzeigen', das ist gedruckt Wort 60 Pfg. (zählend 7 gedruckt Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellengelder und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 30 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigenaufschlag 50%, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine-Anzeigen 1.50 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 25. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Wahlordnung zum Arbeiterrat.

In Ausführung des vom zweiten Rätekongress erteilten Auftrages hat der Zentralrat die nachstehende Wahlordnung beschlossen:

Wahlgebiet.

- 1. In jedem wirtschaftlich und politisch selbständigen Gebiet sind Arbeiterräte zu wählen. 2. Als wirtschaftlich und politisch selbständige Gebiete im Sinne dieser Wahlordnung gelten die Stadt- und Landkreise in Preußen bzw. die entsprechenden Verwaltungsgebiete in den außerpreussischen Ländern. Im Einkommen mit dem Vollzugsausschuss der Arbeiterräte im Kreis können der Kreisverwaltung unterstehende Orte sowie Bezirke, die wirtschaftlich zusammengehörende Orte umfassen, als selbständige Wahlgebiete bestimmt werden.

Wahlkörper.

- 3. Die Räte gehen aus Wahlen hervor, die Betriebsweise, d. h. nach einzelnen Betrieben oder nach berufswirtschaftlich zusammengelegten Betrieben erfolgen. 4. Vorübergehend Arbeitslose und Invaliden der Arbeit werden, nach Berufen (Gewerben) gegliedert, Wahlkörpern ihres Gewerbes zugeteilt.

Wahlrecht.

- 5. Wahlberechtigt sind alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Männer und Frauen sowie die Invaliden der Arbeit und vorübergehend Arbeitslose, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. 6. Wählbar sind alle dem Wahlkörper als Wahlberechtigter angehörenden Männer und Frauen, die das 21. Lebensjahr vollendet haben. 7. Auf 1000 Wahlberechtigte entfällt ein Vertreter. In jedem Wahlkörper müssen soviel Wahlberechtigte vorhanden sein, daß mindestens 3 Vertreter gewählt werden können. Bei Wahlkörpern, in denen das volle Tausend Wahlberechtigter nur mindestens 500 überschritten wird, entfällt auf diese, das volle Tausend überschreitende Zahl ein weiterer Vertreter.

Wahlverfahren.

- 8. Die Wahl ist geheim, sie findet nach den Grundregeln der Verhältniswahl statt. Wahlvorschlüge müssen mindestens von 25 dem Wahlkörper angehörenden Wahlberechtigten unterschrieben sein.

Wahlhandlung.

- 9. Die Wahl findet, wenn der Wahlkörper nur einen Betrieb umfaßt, im Betriebe, wenn der Wahlkörper mehrere Betriebe umfaßt, in einem der den Wahlkörper bildenden Betriebe oder in sonstigen, innerhalb des Wahlgebiets liegenden Wahlräumen statt. 10. In Bezirken, die ein Wahlgebiet bilden, kann die Wahlhandlung an einem Ort, aber auch in den einzelnen Orten des Bezirks in Wahlräumen während einer bestimmten Zeitdauer vorgenommen werden.

Örtliche Arbeiterräte.

- 11. In Orten, in denen nach den Vorschriften dieser Wahlordnung keine oder weniger als 5 Arbeiterräte gewählt sind, sollen, unter Verständigung mit dem Vollzugsausschuss des Kreises, durch örtliche Wahlen Arbeiterräte bis zur Höchstzahl von 5 Mitgliedern zur Erledigung örtlicher Aufgaben gewählt bzw. hinzugewählt werden. Diese Arbeiterräte können von dem Vollzugsausschuss des Kreises für die Aufgaben des Kreises mit herangezogen werden. In diesen Orten soll die Wahl möglichst berufswirtschaftlich, wobei ähnliche und verwandte Berufe zusammenzufassen sind, vorgenommen werden. Wahlberechtigt zu diesen örtlichen Wahlen sind alle 18 Jahre, wählbar alle 21 Jahre alten ordnungsfähigen gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Männer und Frauen, sowie Invaliden der Arbeit und vorübergehend Arbeitslose.

Organisationsstatut.

- 1. Örtliche Obleute bzw. Vollzugsausschüsse. Die Arbeiterräte jedes Ortes wählen einen Obmann, in größeren Orten einen Vollzugsausschuss. Der Vollzugsausschuss soll in der Regel, auch in den großen Städten, die Zahl von 11 Mitgliedern nicht überschreiten. 2. Vollzugsausschüsse der Kreise. Der Vollzugsausschuss des Kreises ist die oberste Instanz für die Arbeiterräte des Kreises bzw. der entsprechenden Verwaltungsgebiete in den nichtpreussischen Ländern. Die Wahl ist geheim und findet auf Grund des Verhältniswahlrechts in Versammlungen der Arbeiterräte der Wahlgebiete des Kreises statt.

Die nach Ziffer 11 der Wahlordnung hinzugewählten örtlichen Arbeiterräte beteiligen sich an dieser Wahl nicht.

3. Vollzugsausschüsse der Bezirke.

Der Vollzugsausschuss des Bezirks ist die oberste Instanz für die Arbeiterräte des Regierungsbezirks bzw. des entsprechenden Verwaltungsgebiets in den nichtpreussischen Ländern. Die Wahl ist geheim und findet auf Grund des Verhältniswahlrechts in Versammlungen der Arbeiterräte des Regierungsbezirks statt. Die nach Ziffer 11 der Wahlordnung hinzugewählten örtlichen Arbeiterräte beteiligen sich an dieser Wahl nicht.

4. Vollzugsausschüsse der Provinzen bzw. Landesauschüsse in den nichtpreussischen Ländern.

Der Vollzugsausschuss der Provinz (bzw. der Landesauschuss in den nichtpreussischen Ländern) ist die oberste Instanz der Provinz bzw. der nichtpreussischen Länder. Die Wahl ist geheim und findet auf Grund des Verhältniswahlrechts in Versammlungen der Arbeiterräte der Provinzen bzw. der nichtpreussischen Länder statt. Die nach Ziffer 11 der Wahlordnung hinzugewählten örtlichen Arbeiterräte beteiligen sich an dieser Wahl nicht.

Der Zentralrat.

Der Zentralrat ist die oberste Instanz aller Arbeiterräte der deutschen Republik. Seine Wahl findet auf einem allgemeinen Rätekongress statt. Der Rätekongress wird nach den Grundregeln der Verhältniswahl von den auf Grund der Wahlordnung gewählten Arbeiterräten in der Weise beschickt, daß auf eine bestimmte vom Zentralrat festzusetzende Zahl der Bevölkerung je ein Vertreter entfällt. Die nach Ziffer 11 der Wahlordnung hinzugewählten örtlichen Arbeiterräte beteiligen sich an dieser Wahl nicht.

Die Neuwahl von Arbeiterräten auf Grund der Wahlordnung des Zentralrats richtet sich nicht gegen die Reichsverfassung bzw. gegen die seitens der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen zur Durchführung des Artikels 165 der Reichsverfassung. Die neugewählten Arbeiterräte sind berufen, eine Brücke zwischen dem gegenwärtigen und dem zu erwartenden verfassungsmäßigen Zustand auf dem Gebiet der Räteorganisation zu bilden.

Zentralrat der deutschen Arbeiterräte. gez. Cohen. gez. Faust.

Versailler Arbeitsbericht.

Der Oberste Rat der Alliierten bestimmte in seiner Sonnabend-Sitzung, daß die Kosten für die Volksabstimmung in Schleswig zu gleichen Teilen von Deutschland und Dänemark getragen werden sollen. Weiter beschäftigte er sich mit dem österreichischen Friedensvertrag, dessen Fertigstellung beschleunigt werden soll, weil Titoni Paris am 1. September verläßt. Als nächster Punkt folgte der Bericht Louchet über das Kohlenproblem. Nach seiner Ansicht erklärt sich die Schwierigkeit nicht nur aus der Förderungsminderung, sondern auch aus der Transportlage. Es bestehen auch Transportverlegenheiten im Saargebiet und im Pas de Calais lagern 100 000 Tonnen, die nicht abgefahren werden können. Weiter beschloß er, der rumänischen Regierung eine Note zu überreichen, in der sie aufgefordert wird, genaue Aufklärung zu geben über alle Requisitionen und Beschlagnahmungen in Ungarn. Der Betrag dieser Beschlagnahmen werde später bei der Abrechnung der Entschädigungssumme, die Ungarn zu zahlen habe, verrechnet. Nach 'Intransigent' soll der Oberste Rat Rumänien auch mit der Einstellung der Lieferungen von Kriegsmaterial gedroht haben, wenn es sich nicht den Anordnungen des Obersten Rates füge. 'Tribune' veröffentlicht auch eine Erklärung, die Ministerpräsident Bratianu seinem Bukarester Korrespondenten zur Veröffentlichung übergeben hat. Darin kommt zum Ausdruck, daß Bratianu der Regierung Friedrich nicht ganz traut und glaubt, sie könne vielleicht im Einverständnis mit Bela Kun eingekauft worden sein, wie die Regierung Bela Kun im Einverständnis mit Karolhi zur Herrschaft gelangt sei. Die ungarische Frage müsse jetzt endgültig geregelt werden, denn wenn Anarchie in Budapest herrsche, greife sie nach Wien über und könne auch andere Hauptstädte bedrohen. Die rumänische Armee habe dem Chaos ein Ziel gesetzt, und ihre Requisitionen hätten sich in den Grenzen gehalten, die die ungarischen Lebensinteressen nicht bedrohten.

Maßnahmen gegen die Kohlennot. Die österreichische Regierung beschloß, zur Behebung der Kohlennot mehrere Kohlenlager in Deutschösterreich neu zu erschließen. Es handelt sich in der Hauptsache um die Wolfeggtraunfalter Gruben, wo unter Beteiligung des Staates 15 Millionen Kronen investiert worden sind.

Naumanns Tod.

Die Demokratische Partei hatte auf ihrem letzten Parteitag einen Mann zu ihrem Vorsitzenden gewählt, dem niemand, wie er sich auch sonst zu ihm stellen mag, ein warmes Empfinden für die Bedrängten und Unterdrückten absprechen kann. Diese Wahl, die den ehemaligen christlichsozialen Schwarmgeist Friedrich Naumann an die Spitze der großen bürgerlich-liberalen Partei stellt, war ein neuer Beweis dafür, wie schwer es ist, die komplizierte politische Entwicklung in den engen Rahmen gedanklicher Schablonen zu spannen. Naumann hatte seine äußere Parteistellung mehrfach gewechselt, aber selbst die größte Schlagwortpropaganda würde vor der Behauptung zurückschrecken, daß Naumann ein Knecht des Kapitalismus, ein Selbstverleugner geworden wäre. Eine solche Behauptung wäre ein Unrecht an dem Mann, der nur seinen Ideen und nicht seinem Vorteil gelebt hat, ein Unrecht aber auch an der Wahrheit, die uns nötiger ist denn je.

Naumann hat nicht nur seine äußere Parteirichtung gewechselt, er hat auch manche seiner Ideen revidieren müssen, manche seiner Illusionen zerrinnen lassen. Aber treu blieb er sein Leben lang den sozialen Grundgedanken seiner Politik, den zu verleugnen ihn kein taktisches Augenblicksbedürfnis verleiten konnte. So blieb er, noch lange nachdem er seinen Liebergang von der nationalsozialen Partei zur freimütigen Vereinigung und dann zur geeinigten Fortschrittlichen Volkspartei vollzogen hatte, unter seinen neuen Parteigenossen ein Eingänger, den die alten Führer mit Mißtrauen betrachteten. Man mußte den Mann, der der alten Partei den seltenen Schatz neuer Gedanken brachte und der in der Kunst mündlichen und schriftlichen Ausdrucks ein Meister war, wohl als einen wertvollen Gewinn gelten lassen, wurde aber das Gefühl, einem fremden, nicht ganz unbedenklichen Zuzüger gegenüberzustehen, sobald nicht los.

Es ist kennzeichnend, daß nur einer von den bekanntesten alten Führern des Liberalismus zu dem neuen Mann in ein engeres Verhältnis trat, und das war gerade einer, der in seiner geistigen Entwicklung schon vom Liberalismus ging als Naumann zu ihm kam. Theodor Barth, der aufrechte Demokrat, der innerlich den Bruch mit dem Mandarliberalismus vollzogen hatte und an seiner Aufgabe verzweifelte, aus dem alten Liberalismus eine moderne, sozialpolitischen Gedanken zuwählende, aktionsfähige demokratische Partei zu machen, sah in Naumann eine Hoffnung. Als ihn auch diese enttäuschte, ging er. Der Bruch vollzog sich in der Zeit des konservativ-liberalen Blocks, den Naumann mehr ertrug, als er ihn mitmachte. Während Barth in seiner demokratischen Forderung starr blieb und für sich persönlich die Konsequenzen zog, heute ist es schwer zu sagen, wer von den beiden Männern damals richtig gehandelt hat. Aber gewiß ist es, daß der bürgerliche Liberalismus, der jetzt Deutsche Demokratische Partei heißt, arm geworden ist, da er diese beiden Männer verlor.

Barth kam von der Freihandelslehre, Naumann von Stöcker und Adolf Waaner. Ein schärferer Gegensatz läßt sich gar nicht denken. Der hochaufgeschossene blonde Pastor aus Sachsen, dessen Frankfurter Predigten wegen ihres sozialen Inhalts und ihrer Formschönheit Aufsehen erregten, stellt einen ganz anderen Typ dar, als der sprunghaft freitbare Sandkorn aus Bremen, der vom freien Spiel der Kräfte das Glück der Menschheit erwartete. Für die Sozialdemokratie waren sie natürlich beide Gegner, der gefährlichere aber aber wenigstens der mehr in die Augen fallende war zweifellos Friedrich Naumann von dem Augenblick an, da er sich von der christlichsozialen Partei ablöste, um die nationalsoziale Partei zu gründen.

Heute wundert sich niemand mehr darüber, daß diese Partei zerfiel, höchstens könnte man sich darüber wundern, daß Auge Menschen sie für lebensfähig hielten. In der Arbeiterschaft konnten ihre Lehren keinen Boden finden, da war das Bedürfnis, sich erst einmal von allem Alten und Ueberlebten loszuretten, viel zu groß, als daß eine Partei mit reichlich pastoralem Einschlag, die die Verführung mit der Monarchie predigte, Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Als eine Partei von Arbeitern und für Arbeiter wollte aber Naumann die nationalsoziale Partei begründen, er hat unter Sämergen um die Proletariatsseele gerungen, und erst spät seine ungeheuren Fehler und die Ursachen des Scheiterns erkannt.

Als die nationalsoziale Partei an ihren Wahlmiserfolgen zugrundegegangen war und zerfiel, wandte sich ein Teil von ihr zur Sozialdemokratie, der andere zum Liberalismus. Zum Liberalismus ging auch Naumann, er erregte damit das schmerzlichste Erstaunen seiner bisherigen

Parteilöser, die im Kampfe gegen den manchesterlich gerichteten antisozialen Liberalismus die Hauptaufgabe des Nationalsozialismus erblickt hatten. Solche Enttäuschungen hat Raumann seinen Anhängern oft bereitet, und daß dem so war, liegt an der Eigentümlichkeit des Politikers, der mehr in Synthesen als in Gegensätzen zu denken gewohnt war. Raumann war mehr Bildner als Kämpfer und suchte Verbindungen zu knüpfen, wo andere nur Trennendes sahen. So hatte er schon vom Konservatismus die Hand zu den revolutionären Arbeitern hin ausgestreckt, so suchte er Demokratie und Koiffertum zu vereinigen, und sehr nachdem der nationalsoziale Traum ausgeträumt war, reizte ihn die Aufgabe, den bürgerlichen Liberalismus mit neuem sozialen Geist zu erfüllen und so für die bürgerliche Demokratie und die sozialistische Arbeiterdemokratie eine möglichst breite gemeinsame Aktionsbasis zu schaffen.

Für die Zukunft der innerdeutschen Politik ist es eine Frage von nicht geringer Bedeutung, wie sich die Demokratische Partei nach dem Tode ihres Vorsitzenden weiter entwickeln wird. Es wird sich zeigen müssen, ob Raumanns Wirken dauernde Spuren in ihr hinterlassen wird oder ob nach dem Verschwinden dieser starken Persönlichkeit wieder die Zeit für diejenigen anbricht, für deren Gefühl Raumann nie etwas anderes als Fremdkörper und Episode gewesen ist. Das ist auch für das Verhältnis der Sozialdemokratie zu ihr, denn Raumann als Vorsitzender war eine starke persönliche Garantie dafür, daß die Demokratische Partei sich nicht zu einer reinen kapitalistischen Interessenvertretung, zu einer Partei des bürgerlich-republikanischen Gedächtnisses entwickelte. Eine solche Entwicklung würde das Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie unmöglich machen und das innerpolitische Leben Deutschlands mit schweren Krisen bedrohen.

Raumanns Tod ist ein Verlust nicht nur für die Demokratische Partei, sondern für unser ganzes politisches Leben, für unser Christentum, das in ihm einen der besten Stilisten für das Parlament, das einen seiner glänzendsten Redner verliert. Raumann war kein geborener Führer der Massen, kein hinreichender Prophet einer neuen Lehre, aber er war eine eigenartige schöpferische Persönlichkeit, wie sie in unserem politischen Leben selten sind. Er war ein großer Anreger, und es war unmöglich, gegen ihn zu kämpfen oder mit ihm zu arbeiten, ohne aus Kampf oder Mitarbeit eine gewisse geistige Bereicherung zu ziehen. Er hat sehr oft geirrt, aber er hat das unerschütterliche Verdienst, Hunderttausende zum politischen Nachdenken gezwungen zu haben. Die Gefährten seines Weges haben oft gewechselt, manche Straße mußte er allein gehen, aber an seinem Grabe werden sich alle in ehrlicher Trauer zusammenfinden, die ihn als Führer geliebt und die ihn als Gegner geschätzt haben.

Polen in Oberschlesien.

Die Polen suchen mit allen Kräften aus dem ober-schlesischen Aufstand Gewinn für sich herauszuschlagen, wie aus folgenden Meldungen hervorgeht:

Nach Meldungen der polnischen Presse entfalteten Warschauer politische Kreise infolge des ober-schlesischen Aufstandes eine fieberhafte Tätigkeit. Sowohl die Presse als auch die Öffentlichkeit rüstet nach einem sofortigen militärischen Einschreiten in Oberschlesien. Der Zentralvolksrat der polnischen sozialistischen Partei hat sogar eine Rundgebung an die Arbeiter erlassen, in der diese aufgefordert werden, für eine Vereinigung mit den schlesischen Gebieten zu manifestieren.

Nach einer Meldung der „Kowa Reforma“ aus Warschau ist eine Deputation von Insurgenten aus Oberschlesien beim Ministerpräsidenten Paderewski eingetroffen und auch vom Staatspräsidenten Pilsudski empfangen worden. Die Deputation fordert, daß den Aufständischen sofort Hilfe geleistet werde, um so eher, als sich das polnische Heer nach einem Kampfe mit den Deutschen sieht. Die Warschauer Presse erklärt ebenfalls, daß man nicht eine Entscheidung der Entente abwarten könne, und fordert die Regierung zu energischen Schritten auf.

Die Meldung besagt nichts darüber, wie Paderewski sich zu diesen Forderungen der Aufständischen stellt. Die deutsche Regierung ist jedenfalls gewillt, jeden Eingriff in ihre Staatshoheit mit allen Mitteln abzuwehren. Ein Zeichen dafür ist die Aburteilung der Insurgentenführer, die unbeeirrt eingeleitet hat. Wir erfahren darüber:

Ein zeitgemäßes Buch.

(Nichtes Reden an die deutsche Nation.)

Von Dr. Victor Engelhardt.

Damals, als die ersten Kriegstürme tobten, hat sich mancher Nichtes Reden an die deutsche Nation gekauft. Auf der Unbekantheit war für den Winter 1914/15 ein Kolleg über den französischen Roderphilosophen angekauft worden, und als der Winter kam, dieser erste Kriegswinter, wurde es ein Kolleg über Nietzsche. Ja, damals haben viele Nichtes Reden gelesen, aber nur wenige haben sie verstanden. Sie lasen wohl „Jugendwo hat die Selbstsucht sich selbst vernichtet“, und waren stolz. Denn wie alle zu den Fahren eilen, schien jede Selbstsucht gestorben, wie alle zu den Fahren eilen, gab es nur „Deutsche Schicksal“, ganz so, wie Nietzsche es wollte. Mit hohen stolzen Gefühlen durchsiefen sie das Buch. Sie lasen wohl: „Jugendwo hat die Selbstsucht sich selbst vernichtet“, und vergaßen den Zwischensatz „durch ihre vollständige Entwicklung“.

Dann war das Büchlein in der Not der Jahre lange im Schrank vergraben, bis die Tage des Zusammenbruchs es dem und jenem wieder in die Hände spielten. Manah einer dachte: halt! war es damals nicht ähnlich um Kreuzen bestellt, wie jetzt um deutsche Reich? Nach der unglücklichen Schlacht von Jena und Auerstädt, nach dem unentschiedenen Kampfe bei Preußisch-Eylau und der russischen Niederlage bei Friedland wurde zu Tilsit ein verhängnisvoller Friede geschlossen. Preußen war unter Napoleons Gewalt. In diesen Tagen, als französische Bajonnette Berlin regierten, war im stillen ein neuer Geist erwacht, und hatte Sprache gewonnen in Nichtes feurigen Reden.

Hätten diese in den dunklen Tagen der Vergangenheit gedragten Worte in den dunklen Tagen der Gegenwart gar nichts zu sagen? So dachte mancher und griff wieder zum Buch und las es plötzlich wie mit aufwachenden Sinnen.

Nichtes ist ja gar nicht der nur „Deutschnationale“, zu welchem ihn die Begeisterung dieser gestempelt. Nein, Nichtes ist ein deutscher — Sozialist. Nun erst wurden die Worte klar: Die Selbstsucht hat sich vernichtet, durch ihre vollständige Entwicklung“. In ihnen liegt eine tiefe Ahnung von dem, was Marx später wissenschaftlich ausgeführt hat. Eine Gesellschaftsordnung, die sich auf Selbstsucht gründet, gräbt sich selbst das Grab, führt mit Notwendigkeit zu einem völligen Umsturz und zu neuen Tagen. Die Zeit des Umsturzes ist eine schwere, eine traurige Zeit, aber sie ist auch eine Zeit der höchsten Aufopferung, der höchsten Begeisterung; denn in ihr werden die Keime einer besseren Zukunft empfangen.

Lesen wir so mit offenen Augen und Sinnen dies Buch, dann wird es uns an vielen Stellen Trost bringen, wird Begeweiser

Das außerordentliche Kriegsgericht hat am Sonnabend bereits mit der Aburteilung von ober-schlesischen Aufständischen begonnen. In der einen Verhandlung wurde ein Grabenarbeiter wegen Aufstuhes zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. 4 weitere Insurgenten, die in der Schießengrube Soldaten der Reichswehr von den Fenstern der Häuser aus beschossen hatten, wurden, weil es sich teilweise um noch jugendliche handelt, zu 15 Jahren und 5 Jahren Zuchthaus sowie zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die aus Oberschlesien nach Polen geflüchteten Insurgenten sind nach Kräften bemüht, nach Oberschlesien zurückzukehren. Die in Katowitz erscheinende „Kassa“ bestärkt diese Tatsache mit dem Bemerkung, daß die Aufständischen deshalb nach Oberschlesien zurückkommen, um erneut in die Reihen der polnischen Kämpfer einzutreten.

Angesichts der fortbestehenden Aufstandesgefahr infolge der Warschauer Hege müssen wir uns sichern. Dazu gehört die Unschädlichmachung der Nadelsticker. So bedauerlich die Verurteilung dieser Leute ist, die meist nur irreführte, von Demagogie, die sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht haben, ausgeleitete Leute sind. Wir müssen Ruhe und Ordnung haben, wollen wir aus dem Elend und dem Niederbruch wieder hochkommen.

Die Oberflächlichkeit der U. S. P.

Als vor kurzer Zeit die Generalversammlung unserer Berliner Parteigenossen stattfand, stürzte sich die „Freiheit“ mit der Eier eines Mandbogeis auf die Verhandlungsberichte, um daraus etwas Spieß für die Demagogensuppe zu gewinnen. Die sie alltäglichen ihren anspruchsvollen Lesern serviert. Die Ausbeute war zwar äußerst mager, dafür hat aber doch die „Freiheit“ einige Lagen ihr geistiges Budget davon bestritten. Sie hätte aber allen Grund, vor der eigenen Tür zu kehren. Die Inkonsequenzen der Ueberkonsequenzen-bixten der „Freiheit“ Stoff genug, ihre geistigen Qualitäten zu offenbaren. Es sei nur an den Bericht erinnert, der heute morgen über die Generalversammlung der Berliner Wahlkreise der U. S. P. in der „Freiheit“ zu finden ist. Da geht es nämlich in bezug auf die grundlegendsten politischen und wirtschaftlichen Fragen nach dem bekanntesten Signal: Hin in die Kartoffeln, raus aus dem Kartoffeln!

Leupold J. V. verlangt reinliche Scheidung zwischen Parlamentarismus und Rätesystem und meint, die Abgeordneten der U. S. P. in den Parlamenten täten besser daran, zur Agitation aufs Land zu gehen. Lauckant fühlt plötzlich, wie es tut, was er so oft anderen getan hat, und polemisiert gegen Leupold. In logischer Abwechslung behauptet Neumann, daß der Parlamentarismus nicht mehr in Frage komme. Krause wiederum meint, mit der Parole „Alle Macht den Räten“, sei es noch lange nicht getan. Wir haben ja noch nicht einmal in den Industriefabriken die Mehrheit der Arbeiter für uns“. (Wenn so etwas ein Wahrheitssozialist sagt, schwindelt er.) In guter Zeit aber stellt Redakteur Prager bei der Verammlung einen erheblichen Grad von Oberflächlichkeit in der Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Streitfragen fest, und wir haben keinen Grund, ihm zu widersprechen. Man greife nach einem kritisch, sagt er. Alles, was nicht nach Rätesystem aussehe, existiere für die U. S. P. nicht mehr. Bisher habe aber die Erfahrung nicht gezeigt, daß die Politik der Räte die Arbeiter mehr revolutionisiert und die Einigung des Proletariats näher gerückt habe als die Politik der Partei. Weder der Parlamentarismus noch das Rätesystem seien als einzige Mittel zu betrachten, sondern alle Mittel müßten in Anspruch genommen werden zur Befreiung des Proletariats vom Joch des Kapitalismus. Die Oberflächlichkeit ihres politischen Wirkens wird also der U. S. P. von eigenen Führern bestätigt. Die Unentwegten oder werden sich hüllen, der einzigen Eigenart zu entsagen, der sie überhaupt ihren politischen Bestand verdanken.

Eine Fälschung.

In einem Beschlusse, der gegen die Auflösung des unabhängigen Volksgenossenschafts von den Unabhängigen gefaßt wurde, erlaubt sich die „Freiheit“ eine Fälschung, die in ihrer Dreistigkeit sogar bei diesem Blatt noch auffällt. Sie unterschreibt den Protest nämlich als einstimmigen Beschluß der Verbandsversammlung der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins, anstatt ihren Lesern davon Kenntnis zu geben, daß es sich selbstverständlich nur um die unabhängigen Wahlvereine handelt. So ganz wohl

sein. Es wird uns scheinen, als seien die meisten Sätze heute geschrieben, für uns gesprochen, damit wir aus der Wirrnis der Tage wieder herausfinden.

Zunächst — keine Verzweiflung!

„Ich setze voraus solche Zuhörer, welche nicht etwa mit allem, was sie sind, rein aufgehen in dem Gefühl des Schmerzes über den erlittenen Verlust und in diesem Schmerze sich wohlgefallen...“ — „Es läßt sich der strenge Beweis führen, ... daß kein Mensch und kein Gott... uns helfen kann, sondern daß allein wir uns selber helfen müssen, falls und gehoben werden soll.“ Die Hilfe ist schwer — aber „Sollte eine so gesunkene Nation dennoch sich retten können, so müßte dies durch ein ganz neues, bisher noch niemals gebrauchtes Mittel, vermittelst der Erschaffung einer ganz neuen Ordnung der Dinge, geschehen.“ Diese neue Ordnung kann aber nur erreicht werden durch die „Erziehung der Nation... zu einem ganz neuen Leben...“ mit einem Worte, eine gänzliche Veränderung des bisherigen Erziehungswesens ist es, was ich als das einzige Mittel, die deutsche Nation im Dasein zu erhalten, in Vorschlag bringe.“

Allgemeine Erziehung tut not, denn... die große Mehrzahl... auf welcher das gemeine Wesen recht eigentlich ruht, das Volk, wurde von der Erziehungskunst fast ganz vernachlässigt und dem blinden Schicksale übergeben. Wir wollen durch die neue Erziehung die Deutschen zu einer Gesamtheit bilden... so wir aber etwa hierbei abermals einen gebildeten Stand... absondern wollten von einem ungebildeten, so würde dieser letzte... gegen uns dienen, von uns abfallen und uns verloren gehen. Es bleibt sonach uns nichts übrig, als schlechthin an alles ohne Ausnahme, was deutsch ist, die neue Bildung zu bringen...“

Dieselbe große Bedeutung hat eine Neugestaltung des Erziehungswesens in unseren Tagen gewonnen, und unsere Einheitschule will ähnliches, wie Nietzsche wollte. Ihr letzter Endzweck ist es, jedem auf dem Gebiet, das seiner Fähigkeit entspricht, zu einem wirklich schöpferischen Menschen zu bilden. Das ist nur möglich, wenn das Kind schon in der Schule selbstständig schaffend wird und nicht wie bisher mit Gedächtnisram überladen wird... selbstständig zu entwerfen wäre das erste, wovon die Bildung des Geschlechts durch die neue Erziehung ausgehen müßte.“ Dann wird auch das Lernen leicht, denn „der Jüngling lernt gern und mit Lust, und er mag... gar nichts lieber tun, denn lernen; denn er ist selbstständig, indem er lernt, und dazu hat er unmittelbar die allerhöchste Lust.“ Zu dieser Selbstständigkeit gehören „auch noch körperliche Übungen und die mechanischen, aber hier zum Ideal berechneten Arbeiten des Ackerbaues und die von mancherlei Handwerken...“ Man könnte das Wesen der modernen „Arbeitschule“ kaum besser darlegen, als es hier geschieht.

Ja — sogar in Einzelfragen hören wir durchaus vertraute Klänge, vertraut aus den Kämpfen, die jetzt um Schule und Erziehung geführt werden. „Dem Tyrannen steht es wohl an, reli-

niß doch der guten „Freiheit“ bei dem Gedanken an die kommenden Wahlen nicht zumute sein, da sie doch sonst kaum zu dem Mittel einer derartig plumpen Fälschung greifen dürfte. Wir haben mit dem Teil der Berliner Arbeiterkraft, der in dieser gemeinen Weise belogen und betrogen wird, aufrichtiges Mitleid und fragen uns nur, wie lange er noch dieser Gesellschaft Gefolgschaft zu leisten gewillt ist.

Bürgerliche Hege.

Die in der heutigen Morgenausgabe des „Berliner Sozial-Anzeigers“ angekündigte Sensationsmeldung vom Sturmzeichen in Bayern stellt sich genau so wie die Ankündigung des Berliner Tageblatts von einem bevorstehenden Streik der Berliner Metallarbeiter als eine Unwahrheit dar. Wir halten die Verbreitung derartigen Mitteilungen in dieser an sich schwer erregten Zeit für eine große Gefahr und möchten beide Blätter bitten, bevor sie derartige Meldungen in die Öffentlichkeit bringen, sich an zuständige Stelle zu informieren, auch auf die Gefahr hin, daß ihren Abonnenten beim Lesen des Blattes ein Schauer weniger über den Rücken läuft.

Die Lage der Landwirtschaftsbeamten.

Zu den Kreisen, an denen die Revolution vorübergegangen ist, ohne ihnen eine wesentliche Verbesserung ihrer Lage zu bringen, gehören die Landwirtschaftlichen Beamten. Immer mehr häufen sich die Klagen, daß die Verdienste der Beamten außerordentlich gering sind und daß sie, soweit sie verheiratet sind, überhaupt keine Anstellung finden. Um die Richtigkeit dieser Behauptung festzustellen, braucht man nur den Inseratenteil der „Deutschen Tageszeitung“ zu verfolgen, in dem in den meisten Fällen nur unverheiratete Landwirtschaftsbeamte gesucht werden. Vor uns liegt der Brief eines Beamten, in dem dieser seine bittere Not klagt und darauf hinweist, daß er im Winter dem Hunger ausgefetzt sei. Er fragt, auf welchem Wege der größten Not gesteuert werden könne. Wir können den landwirtschaftlichen Beamten nur den dringenden Rat erteilen, sich zu festen Organisationen zusammenzuschließen, die allein in der Lage sind, der agrarischen Willkür erfolgreich die Spitze zu bieten. Was Organisationsarbeit zu leisten vermag, das kann den Beamten die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung beweisen.

Nietzsche und wir.

In einer Abchiedsbetrachtung von Weimar zitiert Herr A. Zimmermann in der „Deutschen Zeitung“ den Geist von Weimar. Dagegen ist freilich nicht viel einzuwenden. Wir haben das in den letzten neun Monaten von rechts und links oft genug gehört. Was aber Beklemmungen zu erregen geeignet ist, ist die Tatsache, daß er nicht den Geist Goethes und Schillers aus dem Grabe beschwört, sondern den Geist Friedrich Nietzsches. Auch das ist nicht ganz neu; denn schon vor ihm haben konservative Geistesheiler und mit den Gedankengängen des großen Einsamen zu töten gesucht; mit welchem Erfolge, hat die Novemberrevolution bewiesen. Schmerzlich ist nur, daß Herr Zimmermann nichts Besseres zu tun hat, als aus den 16 Bänden, die Nietzsche geschrieben, zu unserer Verschmutterung vier Zitate herauszujuden. Gehört er nun zur „Herde“, zu den „Vielgackeln“ oder nicht? Der einzig fruchtbare Gedanke ist die Erkenntnis, daß die Deutschnationalen noch nichts sind. Möge Nietzsches Geist Herrn Zimmermanns Hoffnung unterfüttern, daß sie mittels des „Willens zur Macht“ noch etwas werden. Wir haben — nach diesen Geburten-erzüssen — die Hoffnung hierauf aufgegeben.

Gute Arbeitslage in Oberschlesien.

Das Rühnker Revier arbeitet voll, das Blesser Revier zu 70 Proz., das Zentralrevier zu 80 Proz. Im Zentralrevier ist die Arbeitsaufnahme eine ziemlich durchgreifende bis auf die Antonienhüttengruben, wo die Quote der Arbeitenden sich nur auf etwa 20 Proz. stellt. Von den staatlichen Gruben arbeiten voll die Berginspektionen eins, zwei und drei, die Berginspektion vier arbeitet nur teilweise.

Tarifänderungen im Güterverkehr. Wie uns die Eisenbahndirektion mitteilt, werden die Güterverkehrtarife ab 1. September dieses Jahres geändert, und zwar tritt eine Erhöhung der Gebühren ein.

Die alte Religion, die offenbar eine Dienerin der Selbstsucht war, soll allerdings mit der alten Zeit zugleich zu Grabe getragen werden; denn in der neuen Zeit bricht die Ewigkeit nicht erst jenseits des Grabes an, sondern sie kommt ihr mitten in ihre Gegenwart hinein... Die Erziehung zur wahren Religion ist somit das letzte Geschäft der neuen Erziehung.“

Wer hörte aus diesen Worten nicht die Heilsbotschaft, die uns heute aus dem Sozialismus entgegen tönt?

Die Organisation der Schule ist die Gemeinschaft — die Schulgemeinde — ähnlich vielleicht, wie wir heute eine in Widerspruch haben:

Die Jünglinge werden... untereinander in Gemeinschaft leben und so ein abgesonderter und für sich selbst bestehendes Gemeinwesen bilden, das seine genau bestimmte, in der Natur der Dinge gegründete Verfassung habe.“

So hat Nietzsche damals erkannt, was wir heute wieder und wieder erkennen, daß zum neuen Staate neue Menschen gehören. Und diese kann nur die Erziehung schaffen: „Nur diejenige Nation, welche zunächst die Aufgabe der Erziehung zum vollkommenen Menschen durch die wirkliche Ausbildung gelöst haben wird, wird jodann auch jene des vollkommenen Staates lösen.“

Diese Aufgabe wird Deutschland lösen, wenn es den Mut nicht verliert. „Besiegt sind wir; ob wir nun sogleich auch verachtet und mit Recht verachtet sein wollen, ob wir zu allem andern Verluste auch noch die Ehre verlieren wollen, das wird noch immer vor uns abhängen. Der Kampf mit den Waffen ist beschlossen; es erhebt sich, so wir wollen, der neue Kampf der Grundsätze, der Sitten, des Charakters.“

Notizen.

Die Entdeckerin des Radiums in ihre Heimat berufen. Nach polnischen Zeitungsmeldungen ist Frau Curie, die bisher in Paris wirkte, zum ordentlichen Professor der Radiologie an der Warschauer Universität ernannt worden.

Theater. Das Lessing-Theater wird als erste Neubeit dieser Spielzeit die Komödie „Die letzten Ritter“ von Heinrich Heine zur Uraufführung bringen. Das Stück war während des Krieges „aus Rücksicht auf das Korpsstudententum“ verboten.

Aus der akademischen Welt. Die Vorlesungen von Dr. Hering und Dr. Karstadt über „Soziologie des Staates“ und „Sozialismus“ werden am Dienstag, den 26. August, in der Handels-Hochschule fortgesetzt.

Vorlesung. In der literarischen Vereinigung des Berliner Lehrervereins liest J. W. Murnou vom Deutschen Theater am Mittwoch im Saale des Lessing-Museums, Brüderstr. 13, den „Sohn“ von Dancleuber vor. Jedermann bei freiem Eintritt willkommen.

Schäfer leben und es nicht einzusehen, warum ausgerechnet die Beamten damit nicht auskommen können, die in ihrer Jugend die Russk erlernt haben.

Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag.

Der zwischen der Ortsgruppe Berlin des Arbeitgeberverbandes des Eisens, Eisenwaren-, Gußwaren-, Draht- und Drahtstifte-, Stahl-, Röhren-, Werkzeug- und Werkzeugmaschinenhandels und dem Gewerkschaftsbund Kaufmännischer Angestelltenverbände am 30. April 1919 abgeschlossene Tarifvertrag ist für das Gebiet des Zweigverbandes Groß-Berlin für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. September 1919.

Zufriedene Angestellte?

Die Angestellten der Holz- und Möbelindustrie scheinen in sehr günstigen Verhältnissen zu leben; sie haben keinerlei Wünsche in Bezug auf die Erhöhung der Gehälter oder Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse, sind vielmehr so einig mit ihren Arbeitgebern, daß sie es denen sogar überlassen, einen Tarifvertrag für sie im Arbeitgeberverband ohne Hinzuziehung von Angestellten oder deren Vertreter abzuschließen. So behaupteten wenigstens die Vertreter der Berliner Holz- und Möbelindustriellen in einer Sitzung des Schlichtungsausschusses, die am Sonnabend, den 23. August, stattfand.

Seit Monaten ist der Bund der technischen Angestellten und Beamten bemüht, für die technischen Angestellten der Holz- und Möbelindustrie mit den Arbeitgeberverbänden einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Auftrag dazu wurde ursprünglich dem Deutschen Technikerverband erteilt und ging nach der Verschmelzung dieses Verbandes mit dem Bund der technisch-industriellen Beamten an die neue Einheitsorganisation der Techniker, den Bund der technischen Angestellten und Beamten, über.

Auf die vielen Aufforderungen der Angestelltenorganisationen, in Verhandlungen einzutreten, antworteten die Arbeitgeber stets ausweichend, so daß sich der Bund schließlich daran machte, die Verhandlungen aufzunehmen und ihm das Ergebnis derselben bis zum 15. August bekanntzugeben werden soll. Inzwischen bemühte sich nun der Bund, im Sinne dieses Beschlusses die Verhandlungen zustande zu bringen. Infolgedessen rief er wieder den Schlichtungsausschuß an, der am Sonnabend, den 23. d. M. die neue Beschwerte unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden erledigen sollte. In dieser Sitzung erklärten die Vertreter der Holz- und Möbelindustriellen, daß von seiten der Angestellten bisher noch keinerlei Forderungen aufgestellt seien, daß also gar kein Grund zur Beschwerde vorläge. Im übrigen sagten sie, seien ja ihre Angestellten im Arbeitgeberverband vertreten und der werde für die Aufstellung eines Tarifes sorgen. Leider konnten die Verhandlungen nicht zu Ende geführt werden, da ein Arbeitgeberbesitzer nicht erschienen und ein Vertreter nicht zu bekommen war.

Es soll nun ein neuer Termin anberaumt werden, doch scheint es erforderlich, daß die bis jetzt so überaus friedlichen Angestellten sich endlich äußern und ungewöhnlich zum Ausdruck bringen, daß sie ihre Organisation beauftragen, einen Tarifvertrag zustandzubringen.

Zusammenschluß der Polizeibeamten.

Wie ein Telegramm aus Frankfurt a. O. meldet, beschloß der dort tagende Verband der kommunalen Polizeibeamten die Verschmelzung mit dem Polizeibeamtenverband Preußens und die Bildung einer Einheitsgewerkschaft im Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands. Mit diesem Zusammenschluß sind 25 000 Polizeibeamte aller Dienstgrade im Preußenverbande organisiert.

Die Wächter, Wächterinnen, Kontrollen und Wachmeister der Wache- und Schlichterinststitute von Groß-Berlin fanden sich in einer sehr feierlich besetzten Versammlung am Donnerstag, den 21. August, im Gewerkschaftshaus zusammen, um zu wichtigen Berufsfragen Stellung zu nehmen.

Fronke vom Deutschen Transportarbeiterverband referierte über das Thema: Die Reorganisation im Berliner Wache- und Schlichterwesen. Vom Referenten wurde hervorgehoben, daß die Gesamtlage der Berliner Wache- und Schlichterangehörigen zu der traurigsten der Gegenwart gehöre. Unter der seit Jahren steigenden Lebensmittelpreissteigerung haben die Angestellten ungemein zu leiden. Ihr Lohnneinkommen stehe zu der Lebensmittelpreissteigerung in feinerlei Verhältnis. Eine Anfrage unter den Wächtern habe ergeben, daß Löhne von 125, 145, 165 M. steigend bis 230 und 240 M. gezahlt werden. Die niedrigen Lohnsätze werden hauptsächlich noch von einigen Grundbesitzern gezahlt. Dies Einkommen ergebe Stundenlohnsätze von 44, 45 und 50 Pf. Dabei werden Arbeitszeiten von 9, 10, 11 und 12 Stunden pro Nacht verlangt. Die günstigsten Lohnsätze ergeben einen Stundenlohn von 95 Pf. bis 1 M. Solche Löhne können die Wacheangehörigen nicht befriedigen, und so komme es vor, daß die Wacheangehörigen trotz Arbeit bitterer Not ausgeht sind.

An Schlicht- und Wacheunternehmungen hat Groß-Berlin 16 Betriebe mit 2600 Beschäftigten aufzuweisen. Tarifverträge konnten bisher mit 7 Firmen, die 1848 Wacheangehörigen beschäftigten, abgeschlossen werden. Das Bestreben der Wacheangehörigen geht dahin, alle Firmen in ein Vertragsverhältnis zu bringen und später ein gemeinschaftliches Kollektivabkommen zu schaffen. In den abguschließenden Verträgen sei anzustreben eine einheitliche Festlegung der Arbeitszeit von höchstens 8 Stunden, Einheitslöhne, Überstundenbezahlung, Fahrlosgeldvergütung und Vergütung für Ordnungsdienste, Bewachung freier Nächte, Bewachung eines angemessenen Sommerurlaubs, Gewährung freier Dienstkleidung, rückhaltlose Anerkennung der Organisation und Einräumung des Mitbestimmungsrechts bei der Einstellung, Entlohnung und Entlassung; ferner Abschluß günstiger Versicherungen an Stelle der bestehenden Unfallversicherung und ausreichende Kranken- und Familienunterstützung. Vom Korreferenten Herr Direktor Braun wurde die beabsichtigte Liquidation der Betriebsangehörigen angeführt und es so hinzuzufügen versucht, als wenn dieser Betrieb auf Grund höherer Arbeiterforderungen seine Fortsetzung haben müßte. Den Wächterberuf hülte er für eine leichte Tätigkeit, die einen Anspruch auf vollwertige Bezahlung nicht erheben könne. Bei diesen Ausführungen erweckte er die fürnische Ablehnung der Versammlung.

Nachdem in der Diskussion alle Redner die Auffassung des Referenten vertreten und einige Stadtverordnete einer möglichst schnellen Sozialisierung des Berliner Wache- und Schlichterwesens das Wort

geredet hatten, fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der von den Behörden verlangt wird, neue Unternehmungen nur zuzulassen, wenn sie die von den Arbeitern festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkennen. Weiter fordert die Resolution beschränkte Konzeption für jede neue Gründung; Kontrolle darüber, daß die Verordnungsverträge auch den guten Sitten entsprechen und daß die übertragenen Objekte auch der Bewachung unterliegen; Gütersicherheit- und Bewachungszwang. Ferner werden die Behörden gebeten zu erwägen, ob die Voraussetzungen gegeben sind, den Wache- und Schlichterdienst dem Sicherheitsdienst anzuschließen und die bestehenden Institutionen in die Kommunalisierung überzuleiten.

Am Buchhändlerstreik in Leipzig: Die Obente und Vertrauensleute der Angestellten des Groß-Berliner Buch-, Kunst- und Musikalienhandels versammelten sich am Sonnabend, den 23. August, im „Bismarckhof“ und nahmen nach einem eingehenden Referat des Leipziger Geschäftsführers des Angestelltenverbandes des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes einstimmig eine Entschließung an, in der sie der streikenden Leipziger Kollegen die vollste Sympathie ausdrückt und namens der Angestellten des Berliner Buchhandels erklärt, die Leipziger Kollegen in dem ihnen anzugewandenen harten Kämpfe mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bis zur Erreichung eines reiflichen Erfolges zu unterstützen.

Am Donnerstag, den 28. August, findet in den Zentral-Festhallen, Alte Jacobstraße 82, eine große öffentliche Versammlung statt, in der die Angestellten des Groß-Berliner Buch-, Kunst- und Musikalienhandels zur Unterstützung des Leipziger Streikes Stellung nehmen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Mittwoch, den 27. August 1919, abends 6 Uhr, Versammlung der Kernmacher und Kernmacherinnen im „Koblerger Salon“, Koblerger Str. 23. Tagesordnung: 1. Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Beschlüsse. — Mittwoch, den 27. August 1919, abends 6 Uhr, Branchensammlung aller Korbleger und Korbweber im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 4. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Ablauf des Tarifvertrages. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Beschlüsse. — Mittwoch, den 27. August 1919, abends 7 Uhr, Versammlung aller in Innungsbetrieben beschäftigten Schmiede in „Vorwerk Köpenick“, Weberstraße 17. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stellvertretenden Vorsitzenden über den Nachweis. — Die Kollegen werden ersucht, die Lehrlinge mitzubringen.

Zentralverband der Handlungsgeschilfen, Ortsverwaltung Berlin. Der „Berliner Angestellte“ wird dieses Mal durch Vollzugsliste zugestellt. Ausgabe an die Betriebe kann nicht, wie ursprünglich in der Freitag-Abendausgabe des „Vorwärts“ berichtet, vor dem 30. September, sondern vor dem 30. August erfolgen.

Kaufmännische Angestellte der Möbelindustrie. Versammlung am Mittwoch, den 27. August, abends 7 Uhr, in den Kufflerhallen, Koller-Wilhelm-Str. 31. Tagesordnung: Stellungnahme zum Tarifvertragsentwurf.

Schildermaler. Dienstag, 26. August, abends 7 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21, Branchensammlung. Tarifvertrag! Alles erreicht.

Verantwortlich für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Neubrück; für Anzeigen: Theodor Gluck, Berlin; Verlag: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Bezirksverband Groß-Berlin (S.P.D.) 36. Abteilung.

Mittwoch, den 27. August, abends 7 1/2 Uhr, in Köhlers Salon, Tiefftr. 24:

Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Die Einheitsgemeinde Groß-Berlin. Referent: Stadionschreiber Genosse Müller.
2. Diskussion. — 3. Abteilungsangelegenheiten.
Erfolgtene Pflicht! Gäste können eingeladen werden!
Der Abteilungsführer.

Verhand der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin.

Dienstag, den 26. August, abends 6 Uhr, in der Aula des Sophien-Lyceums, Weinmeisterstr. 16/17:

Außerordentl. Generalversammlung.

- Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu den Tarifverträgen.
2. Angelegenheiten.
3. Verbandsoangelegenheiten.
Zusitz haben nur Delegierte gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches und der Legitimationskarte.
Die Ortsverwaltung.

Verkäufe

Verkauf von 100 Stück...
Verkauf von 50 Stück...
Verkauf von 20 Stück...
Verkauf von 10 Stück...
Verkauf von 5 Stück...
Verkauf von 2 Stück...
Verkauf von 1 Stück...

Geschäftsverkäufe

Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...

Arbeiter u. Vertrauensleute von Oberhöfene- weide, Niederhöfene- weide, Johannistal!

Weltrevolution und Sozialismus

Der 1. Vortragabend findet besonderer Umstände halber in der Aula der I. Gemeindefabrik, Freigangstr. 144.
Erster Abend, Dienstag, 26. August. Die Entwicklung des Sozialismus und der deutschen Sozialdemokratie bis 1914. Referent: Dr. Paul Lenz.
Zweiter Abend, Dienstag, 2. September. Weltrevolution und Sozialismus. Referent: Dr. Paul Lenz.
Dritter Abend, Dienstag, 9. September. Utopie und Sozialismus. Referent: Dr. Paul Lenz.
Vierter Abend, Dienstag, 16. September. Sozialismus und Sozialreform. Referent: Dr. Paul Lenz.
Wir bitten die Arbeiter und Oberhöfene- weide, Niederhöfene- weide und Johannistal, insbesondere die Vertrauensleute, um zahlreiches Erscheinen. Diejenigen, welche den ganzer Kursus mit allen Vorträgen unentgeltlich zu belegen wünschen, werden um Mitteilung ihrer Adresse gebeten.
„Anschau und Werden“
Geschäftl. für prof. Vortragsführung, Berlin W 2, Lutherstr. 19

Ansiedlungsland Adligowitzerhagen

einheitl. Beratung für Hausbau, mit und ohne Staatszuschuß, erforderlich 3000 M. Ankauf erteilt die Gesellschaft der Bauvereinigungen Adligowitzerhagen e. G. m. b. H., Berlin C 2, Strohstr. 61/62, 5-7 Uhr. Zweits. Besichtigung am nächsten Mittwoch und Sonntag beim Gemeindeführer in Berlin.

Zahnpaar Hekodont

Alleiniger Hersteller:
C. W. Hengemann, Charlottenburg II

Zähne, 3 M. Teilw. wöchentl. 1 M. Plomben 1.50. Gold- kronen 18 M. Zahnleihen m. Einspar. höchst schmerzlos. Umarb. schlechts. Gebisse. Rep. Zahnarzt W 11 sof. Potsdamer Str. 55. Hochb. Spreich. 9-7.

Möbel

Eiserng kompletter Speise-, Herren- u. Schlafzimmer wirklich rest u. billig nur durch

Lombard-Haus

Zentrum, Kaiser-Wilhelm-Str. 38, I Tr.

Kuhla- Pianos

Verkauft im Raditzmagazin N 31, Wallstr. 17/18.

Dr. Saenger,

Arzt für Ohren-, Nasen- und Halsleiden, Hauptstraße 161.

Einmaliges Angebot! Fahrräder

komplett m. Gummi bereift Jetzt nur 345 M. Stück

Soeben eingetroffen: Grosse Mengen Pneumatiks!

Decken... Stück von M. 45 an

Auslandsschläuche St. von M. 46 an

Wilhelm Erbert C. m. b. H.

Berlin C, Prenzlauer Str. 46. 1 Minute vom Alexanderplatz. — Geöffnet von 9-6 Uhr.

Verkäufe

Verkauf von 100 Stück...
Verkauf von 50 Stück...
Verkauf von 20 Stück...
Verkauf von 10 Stück...
Verkauf von 5 Stück...
Verkauf von 2 Stück...
Verkauf von 1 Stück...

Geschäftsverkäufe

Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...

Musikinstrumente

Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...

Fahrräder

Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...

Verkäufe

Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...

Unterricht

Englisches Unterrichts...
Französisches Unterrichts...
Lateinisches Unterrichts...
Musikunterricht...
Sportunterricht...

Verschiedenes

Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...